

16. Wahlperiode

Antrag

der Fraktion der FDP

3 Jahre nach der EU-Osterweiterung: Masterplan zum Abbau der Zugangsbeschränkungen für mittel- und osteuropäische Arbeitnehmer!

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Das Abgeordnetenhaus fordert den Senat auf, sich im Bundesrat gezielter dafür einzusetzen, die Beschränkung der Arbeitnehmerfreizügigkeit für mittel- und osteuropäische Arbeitnehmer schnellstmöglich abzubauen.

Gleichzeitig soll der Senat dafür Sorge tragen, dass in Berlin bereits jetzt strukturelle Vorbereitungen für eine mögliche Öffnung des Arbeitsmarktes ab 2009 getroffen werden.

Über die entsprechenden Ergebnisse und Stand der Vorbereitungen ist das Abgeordnetenhaus bis zum 01. Januar 2008 zu unterrichten.

Begründung:

Anlässlich der Feierlichkeiten des 50. Jahrestages der Römischen Verträge wurde Ende März die Berliner Erklärung veröffentlicht, die als gemeinsamer Konsens und Status Quo das bisher Erreichte und die beabsichtigten Ziele definiert. Die darin enthaltenen Argumente bekräftigten den Ansatz, dass die Europäische Union mit nunmehr 27 Mitgliedsländern den europäischen Integrationsprozess vorantreiben muss und allen Bürgern gleiche Rechte und Pflichten auferlegt.

Trotz dieser Vorsätze herrscht auf Grundlage der flexiblen Regelungen des Beitrittsvertrages (2+3+2 Modell) eine zeitlich befristete Ungleichbehandlung zwischen alten und neuen EU-Mitgliedsländern in Form der Zugangsbeschränkung der Arbeitsmärkte für Arbeitnehmer. Länder wie Schweden, Großbritannien und Irland haben ihre Arbeitsmärkte von Anfang an geöffnet und durch ihre positive Erfahrung mit solch einer gezielten Öffnung und Zuwanderung entsprechende Änderungen in Spanien, Portugal und Finnland bewirkt.

Polen hat seit Mitte Januar 2007 die bis dahin bestehende reziproke Anwendung der Beschränkung aufgehoben und den nationalen Arbeitsmarkt für EU-Staaten geöffnet. Einzig eine Minderheit an Staaten, zu der neben Deutschland auch Österreich und

Die Drucksachen des Abgeordnetenhauses können über die Internetseite

www.parlament-berlin.de (Startseite>Parlament>Plenum>Drucksachen) eingesehen und abgerufen werden.

Belgien zählen, schränkt den Zugang für mittel- und osteuropäische Arbeitnehmer erheblich ein..

Diese Haltung lässt völlig außer Acht, dass in den Ländern mit entsprechenden Öffnungsklauseln die befürchteten Migrationsströme ausgeblieben sind und – im Gegenteil – wichtige Positionen in den Ländern durch die mittel- und osteuropäischen Arbeitnehmer überhaupt erst besetzt werden konnten.

Ein positiver Integrationsprozess bietet die Chance, eine gezielte und gewollte Ansiedlung von dringend benötigten Fachkräften gerade in den Grenzregionen zu ermöglichen und gleichzeitig ein positives Signal an die Nachbarstaaten zu senden, bevor qualifizierte Arbeitnehmer in andere, gastfreundlichere Länder abwandern.

Aufgrund der besonderen Geschichte und Bedeutung Berlins für den europäischen Integrationsprozess wäre es ein wünschenswertes Zeichen, wenn sich Berlin klar und kontinuierlich – wie zuletzt Senator Harald Wolf im Plenum des Abgeordnetenhauses von Berlin am 22. März 2007 – auf Bundesebene (d.h. im Bundesrat bzw. sonstigen Austauschprozessen mit Bundes- oder Landesregierungen) für eine Lockerung der Zugangsbeschränkungen einsetzen würde. Dies entspricht nicht nur den Forderungen und Wünschen der Europäischen Kommission, sondern untermauert die Offenheit und Position der Region Berlin-Brandenburg. Aufgrund der geographischen Lage der Metropolregion kann erwartet werden, dass ein Abbau der Beschränkung zu einem deutlichen Fachkräftezuwachs führen kann und Berliner Unternehmen endlich die Arbeitsstellen besetzen können, für die seit längerem Arbeitskräfte fehlen. Gerade der in Berlin stark vertretene Dienstleistungssektor würde unmittelbar von solch einer Öffnung profitieren und könnte schon nach kurzer Zeit Zuwächse verzeichnen – insbesondere auch im Hinblick auf neue Sprachkompetenzen und Absatzmärkte.

Unabhängig der Entwicklung auf Bundesebene kann Berlin schon heute Maßnahmen und strukturellen Vorbereitungen für die spätestens 2011 bevorstehende Öffnung des Arbeitsmarktes treffen. Durch den klaren Standortvorteil der Grenzregion ist Berlin mit seinen direkten Nachbarn bereits heute im engen Austausch und Kontakt, durch Oderpartnerschaften, KMU-Kooperationen, und regionale Wirtschaftsförderung,, der durch folgende Maßnahmen noch intensiviert werden kann:

- Intensive Zusammenarbeit mit der IHK
- Sprachkurse für Unternehmen
- Anerkennung der unterschiedlichen Abschlüsse (z.B. Meisterbrief)
- Veranstaltungen im In- und Ausland zum Standort Berlin
- Präsenz bei Messen in mittel- und osteuropäischen EU-Metropolen etc.
- Gezielte Stellenausschreibung in den jeweiligen Ländern
- Verringerung der bürokratischen Hürden für mittel- und osteuropäische Arbeitnehmer; Überprüfung der Landesgesetze und -verordnungen
- Aufklärung der Bürger und Abbau von Vorurteilen
- Intensiver Austausch von Ausbildern und Auszubildenden

Durch solche Maßnahmen kann sich Berlin als EU-Stadt eindeutig positionieren und sich zu seinen mittel- und osteuropäischen Nachbarn bekennen. Ferner haben solche Maßnahmen auch für das gesamte Bundesgebiet eine positive Ausstrahlung mit etwaigen Nachahmereffekten. Nicht zuletzt dient eine gründliche Vorbereitung auch dem wirtschaftlichen Aufschwung in der Metropolregion Berlin-Brandenburg. Zwar lässt sich der Prozess der Arbeitsmarktöffnung bis 2011 verzögern aber eben nicht verhindern. Das bedeutet:

je früher man sich mit dieser unausweichlichen Öffnung anfreundet und strukturell vorbereitet, umso größer wird der Nutzen für Berlin sein.

Berlin, 08. Mai 2007

Dr. Linder Dragowski Lehmann
und die Mitglieder der Fraktion der FDP